



29. Februar 2020

Vom Traum einer Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Forums Hate Crime

Liebe Solche, liebe Andere, liebe Sowohl-Als-Auch, liebe Dazwischen
Liebe Menschen

Immer wenn wir mit schwierigen Situationen konfrontiert sind, gibt es zwei Möglichkeiten. Die einfache: Den Kopf in den Sand stecken. Wegducken. Resignieren.

Die richtige: Reagieren, sich organisieren, klar und fordernd in Erscheinung treten und für Veränderung kämpfen.

Liebe Freundinnen und Freunde: Ihr habt den richtigen Weg gewählt; ihr seid heute hier, um euch zu organisieren und für gleiche Rechte zu kämpfen.

Im Namen des Zürcher Regierungsrates gratuliere ich euch dazu. Ja, immerhin. So weit sind wir gesellschaftlich bereits: Ich kann euch im Namen der Regierung dazu gratulieren. Und wohl auch im Namen der Zürcher Bevölkerung. Denn dass diese hinter der Forderung nach einer diskriminierungsfreien Gesellschaft steht, wagen wir nach dem letzten Abstimmungssieg zu hoffen.

Ich gratuliere euch aber auch ganz persönlich zu diesem Weg.

Alle, die kein weisser heterosexueller Mann oder dann allenfalls noch eine weisse heterosexuelle, aber hier sicher bürgerliche Frau sind, und die trotzdem den Mund auf tun, wissen, dass der Weg zum Recht kein einfacher ist.

Dieser Weg braucht Mut. Euer Weg braucht Mut.

Nicht mutig, sondern feige sind die anderen. Feige ist das halbe Dutzend junger Typen, das einen schwulen Mann im Ausgang blöd anmacht. Oder die zwei Mädchen, die im Zugabteil Händchen halten.

Nicht mutig, sondern feige sind jene, die in der Schule über ein Transmädchen lachen oder Sprüche über den schwulen Mitschüler klopfen.

Nicht mutig, sondern feige ist es, eine bisexuelle Frau einzuschüchtern oder zwei Männer, die Hand in Hand aus dem Club laufen, zu verprügeln.

Nicht mutig, sondern feige ist, wer mit einer Waffe in der Hand, oder gestärkt durch eine grölende Gruppe im Hintergrund, dem schwulen Mann oder dem lesbischen Pärchen Gewalt antun.



Gewalt an Schwulen, Lesben, Transmenschen, oder sonst wie Liebenden und sonst wie Anderslebenden ist feige, einfach feige.

Doch stopp, all das ist nicht nur feige. Vieles davon sind schlicht und einfach Straftaten! Straftaten mit einem klaren Motiv: Anderssexuelle einschüchtern, ihnen Angst machen, sie aus dem öffentlichen Raum drängen, sie dazu bringen, ihr Leben versteckt zu leben, ihnen die Rechte auf ihre Identität beschneiden.

Homo- und Transphobie sind die Geschwister des Rassismus, des Sexismus und auch des Antisemitismus oder der Islamophobie.

Es sind die Kinder der Ausgrenzung und der Diskriminierung. Die Früchte des Klein-geistes und der Feigheit.

Es sind die Erben der Mächtegerns und Pseudostarken.

Mut haben diesen Menschen keinen. Mut habt ihr. Ihr, die zu euch steht. Die sich trauen, anders zu sein.

Liebe Wie-Auch-Immer-Liebende

Ihr seid eine Minderheit. Wie so viele weitere Minderheiten auch. Unsere Gesellschaft ist die Summe aller Minderheiten. Und doch: Jede Minderheit für sich steht einer Mehrheit gegenüber. Die Jüdinnen den Nicht-Jüdinnen. Die Homosexuellen den Nicht-Homosexuellen. Die Geflüchteten den Nicht-Geflüchteten.

Und so sind wir alle in der Pflicht. Denn wir sind alle einmal Minderheit und einmal Mehrheit.

Deshalb ist der Kampf um gleiche Rechte für Menschen anderer Hautfarbe derselbe wie der Kampf um gleiche Rechte für anderssexuelle Menschen.

Und auch wenn's da mit der Minder- und Mehrheit nicht ganz stimmt: Der Kampf um gleiche Rechte für Frauen ist derselbe wie euer Kampf.

Als Gesellschaft sind wir eins. Alle gehören dazu. Alle sind gleich, gerade weil jede und jeder anders ist.

Kämpfen wir gemeinsam für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, eine Gesellschaft, die sich nicht im "Wir gegen die anderen" spaltet.

Liebe Engagierte

Ich bin hier als Vertreterin des Staates. Oh ja, ich weiss: Ich rede nicht vor einer Gruppe, die überaus positiv eingestellt ist gegenüber der Staatsgewalt... Misstrauisch würde wohl eher als Beschreibung passen.

Zurecht? Durchaus: ja.

Es ist noch nicht lange her, da führte dieser Staat ein Schwulenregister. Darin wurden Homosexuelle von der Polizei erfasst – weil sie eben anders waren. Sie wurden bei Familien und Arbeitgebern geoutet. Ihnen wurde der Zugang zu staatlichen Leistungen erschwert. Sie wurden staatlich diskriminiert.

Genügend Grund, misstrauisch zu sein.



Und heute. Seid ihr es immer noch zurecht? Wohl schon, aber auch nicht mehr so richtig.

Denn wir sind heute definitiv weiter.

Heute wählen wir lesbische Stadtpräsidentinnen; wir kennen zumindest schon mal eingetragene Partnerschaften; die Pride ist heute ein buntes, ausgelassenes und stolzes politisches Fest; Rathäuser und, ja, sogar Colaflaschen werden regenbogenfarbig.

Dass sich damit Geld verdienen lässt, nun ja, neben dem schalen Beigeschmack ist das doch vor allem ein starkes Indiz dafür, dass der Wind heute woanders her weht.

Staatliches Handeln steht immer im Wechselspiel zur gesellschaftlichen Realität, zu gesellschaftlichen Normen.

Das Handeln des Staates ist immer auch ein Abbild des Zeitgeistes.

Und heute, nach dem Abstimmungssieg vom 9. Februar 2020, ist dieser Geist definitiv ein anderer. Dieser Tag hat es deutlich gezeigt: Unsere Gesellschaft akzeptiert keinen Hass mehr gegen die LGBTIQ*-Community.

Dieser Sieg ist wahnsinnig wichtig. Es ist euer Sieg!

Nicht nur symbolisch, nicht nur als Ausdruck einer Gesellschaft, die sich den Schutz und die Inklusion von Minderheiten auf die Fahne schreibt. Nein, auch praktisch.

Wir haben nun ein gesetzliches Werkzeug, um diesen Schutz vor Hass auch durchzusetzen.

Nun, liebe alle

Ich bin mir durchaus bewusst, was ihr von diesem Staat, von uns als seinen Vertreterinnen und Vertretern, sonst noch erwartet.

Und ich weiss, es brodelt in der Community.

Immer wieder müssen wir von Angriffen lesen, von Vorfällen hören. Die Verunsicherung ist gross. Und die Empörung ebenso. Sie ist hörbar, sichtbar.

Lasst mich deshalb nun noch etwas konkreter werden.

Es stehen verschiedene Forderungen im Raum. Ich nenne drei:

1. statistische Grundlagen, die das Problem der Angriffe gegen LGBTIQ*-Menschen sichtbar macht
2. härtere Verfolgung von Hate-Crime-Taten
3. besserer Opferschutz

Beginnen wir mit den statistischen Grundlagen.

Ihr wisst: Der Regierungsrat hat diese fürs erste abgelehnt. Doch ich kann hier auch sagen: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Erstens weil in verschiedenen Parlamenten Vorstösse hängig sind, und es letztlich die Parlamente und nicht die Regierungen sind, die Gesetze erlassen.



Und zweitens, weil auch die Regierung, zusammen mit Staatsanwaltschaft und Polizei, noch nicht alle Fragen für sich beantwortet hat.

So ist nach wie vor unklar, weshalb es Straftaten gibt, die sehr wohl entweder in Bezug auf mutmassliche Motive oder in Bezug auf den sozialen Kontext separat erfasst werden und andere nicht.

Es gibt statistisch islamistisch motivierte Taten und sogenannt häusliche Gewalt: Es gibt aber keine rechtsnationalistisch motivierten Taten oder Hate Crime.

Die Forderung nach statistischen Grundlagen ist deshalb auch innerhalb der Verwaltung noch nicht vom Tisch.

Zweite Forderung: Härteres Durchgreifen bei Hate Crime. Dazu zuerst eine Vorbemerkung. Persönlich bin ich nicht davon überzeugt, dass der Repressionsstaat gesellschaftliche Probleme lösen kann und lösen soll.

Aber der Repressionsstaat kann einen wichtigen Beitrag leisten.

Deshalb zuerst der Blick auf das, was getan wird: Polizei und Staatsanwaltschaft haben in den letzten Jahren viel investiert in die Gewaltprävention. Mit der Präventionsabteilung und dem Bedrohungsmanagement verfügt die Polizei heute über erhebliche Mittel, um Minderheiten zu schützen.

Die Zürcher Polizeikorps wissen, dass sie ihre Korps in Bezug auf Hate Crime noch besser schulen müssen. Der Verein Pink Cops instruiert Aspirantinnen und Aspiranten in der Polizeischule über den Umgang mit Opfern aus der LGBTIQ*-Community.

Der Kanton Zürich investiert in den Schutz von Minderheiten. Schutz vor Diskriminierung ist ein Legislatorschwerpunkt meiner Direktion.

Doch nun der Blick auf das, was noch getan werden muss: Es braucht eine sichtbarere Präsenz und kürzere Reaktionszeiten. Es braucht rasche Verfahren und damit rasche Urteile. Es braucht systematische Anzeigen – das ist euer Job! Und es braucht ebenso systematische Meldungen an die politischen Vorgesetzten der Polizeikorps, wenn etwas nicht rund läuft.

Soweit die Arbeit des Repressionsstaates. Darüber hinaus gibt es zahlreiche andere Baustellen: Aufklärung in den Schulen, Ausbildung der Fachkräfte Schulsozialarbeit, Aufbrechen patriarchaler Strukturen und Abbau von vorgestrigten Männer- und Frauenbildern.

Es braucht mutige Fussballstars und Hockey-Cracks, die zu ihrer Homosexualität stehen. Es braucht Liebhaber schneller Autos, die öffentlich zu ihren schwulen Freunden stehen. Es braucht die Influencerin, die lesbisches Leben ernsthafter darstellt als bloss erotisch. Kurz: Die jungen Menschen von heute brauchen Vorbilder, genauso wie wir sie auch brauchten. Menschen, die uns klarmachten, dass Anderssein gleichwertig ist.

Ich komme zur dritten Forderung, zur Forderung eines besseren Opferschutzes, respektive einer besseren Opferberatung.

Soll es eine spezielle Opferberatung geben? Meine Fachleute sagen nein und zwar einfach deshalb, weil kleine Stellen zwar spezialisiert sind, aber dann doch zu wenig abdecken können.



Die Opferberatungsstellen, die vom Kanton einen Leistungsauftrag haben, haben alle auch Beraterinnen und Berater, die speziell geschult sind im Umgang mit Opfern aus der LGBTIQ*-Community, respektive im Umgang mit Hate Crime.

Das Problem ist nicht die fehlende Kompetenz, sondern die fehlende Bekanntheit.

Statt neue Strukturen zu schaffen, schlage ich vor, dass wir uns gemeinsam darum bemühen, über die bestehenden Angebote besser zu informieren. So dass sie von den ratsuchenden Menschen auch gefunden werden. Und so Opfer rasche und professionelle Unterstützung erhalten.

Gerne bin ich bereit, mit euch gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie wir die Beratungsstellen und ihre Angebote in der LGBTIQ*-Community bekannter machen und wie wir Hemmschwellen abbauen können.

Ich fasse zusammen:

- Statistische Grundlagen: Wir haben hier noch eine Pendenz!
- Striktere Verfolgung von Hate Crime: Es wird viel getan, aber nicht genug. Weitere Ressourcen sind nötig. Aber auch zusätzliche Massnahmen im Bereich des gesellschaftlichen Diskriminierungsschutzes.
- Opferberatung: Die Beratungsstellen sind da, werden aber offenbar nicht gefunden oder die Hemmschwellen sind zu hoch. Das müssen wir gemeinsam ändern.

Liebe Anwesende,

Seien wir ehrlich: Gewalt ist Teil der menschlichen Identität. Sie zu beherrschen, ist Aufgabe der Zivilisation.

Ich bin froh, in einer Zeit und in einer Umgebung zu leben, wo Gewalt geächtet ist.

Hate Crime ist eine besonders verwerfliche Form der Gewalt. Sie trifft nicht nur den einzelnen Menschen. Sie zielt zusätzlich auf die ganze Gruppe.

Wenn ein Jude aufgrund seiner Religion oder ein Schwuler aufgrund seiner sexuellen Orientierung attackiert wird, verunsichert dies die jüdische Community oder die LGBTIQ*-Community.

Sie will mit dem Angriff auf den Einzelnen die ganze Gemeinschaft in Angst versetzen. Und Angst, das wissen wir, liebe Anwesende: Angst ist Gift. Wer sich fürchtet, der kann nicht frei sein.

Diese Angst müssen wir bekämpfen. Indem wir die Gewalt bekämpfen. Und indem wir durch einklagbare Rechte dem Gefühl des Ausgeliefertseins entgegentreten. Auch deshalb ist die deutliche Annahme der Ausweitung der Rassismus-Strafnorm so wichtig.

Ich komme zum Schluss.

Wir alle träumen den Traum von einer Gesellschaft, in der es möglich ist, ohne Angst verschieden zu sein. Und für diesen Traum haben wir schon viel gekämpft. Und ja, auch einiges erreicht.



Und wir kämpfen weiter. Für eine Gesellschaft gelebter Vielfalt. Für eine Gesellschaft, die alle teilhaben lässt. Und damit

- nicht für die Menschen, sondern mit den Menschen Politik macht.
- die politischen und sozialen Bewegungen als Plattformen für engagierte Menschen stärkt.
- die Zugänge zu Kultur und Kunst öffnet.
- den wirtschaftlichen Profit gerecht verteilt.
- unseren Lebensraum partizipativ gestaltet.
- die Vielfalt auch ins Recht fasst.

Daran arbeiten wir. Gemeinsam.

Ich danke euch für euer Engagement. Für eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss, sich selber zu sein. Für eine Gesellschaft, die gegen Gewalt und gegen Diskriminierung aufsteht.

Immer.